

Antrag ADFC

Alle Optionen offen halten!

Um auf Augenhöhen mit der Stadt, der Polizei und den weiteren verantwortlichen Stellen zu reden, sollte der ADFC klare Position beziehen und sich alle legalen demokratischen Optionen offen halten (z. B. Öffentliche Kritik, Rechtsgutachten, Klagen, Kommunalentscheide, IFG/UIG-Anfragen, GO § 24-Anträge) und in Gesprächen dies auch so vermittelt.

Begründung

Im Verkehrsbereich von Deutschland herrscht Motonormativity¹, das heißt alle Verkehrsentscheidungen werden von KFZ-Denke dominiert. Diesen Zustand wird man mit Reden und Bitten nur sehr, sehr langsam ändern. Zwar tut sich etwas und man hat Angst diese Veränderung zu stoppen, wenn man deutlicher fordert, aber wie man vielen Stellen in der Gesellschaft sieht, kommt man mit Freundlichkeit und Nettigkeit nur langsam voran. Um auf Augenhöhe zu reden, sollte man nicht von vornherein irgendwelche legalen Optionen ausschließen und diese, wo notwendig, auch öffentlichkeitswirksam nutzen. Beispiele wären die Defizite bei Baustellen, aber auch die rechtswidrigen Dooringradwege an vielen Stellen in Duisburg.

Man merkt diese Defizite beständig, sei es nun bei bereits erwähnten Baustellen in Duisburg, wo Rad- und Fußverkehr quasi nie mitgedacht wird oder bei der Neuplanung. Trotz der Ermahnungen der AGFS bemerke ich keine Veränderungen.

In Diskussionen, auch im Zusammenhang mit meiner Klage für eine sicherere Heerstraße, gab es immer wieder Äußerungen, dass man sich Sorge, man könnte mit einer Klage das Erreichte kaputt machen. Man muss sich hier erst einmal die Realität vor Augen halten. Man kann sicherlich mit verschiedenen Stellen nette Gespräche führen und vielleicht auch das eine oder andere bewirken, wenn man aber die großen Baustellen anpacken will, dann wird das ohne Druck nichts. Behörden handeln bei öffentlichem Druck, bei politischem Druck oder juristischem Druck. Sonst nicht. Das ist nicht gut so, aber ist die Erfahrung.

Der primäre öffentliche Druck im Verkehr kommt aus der Richtung KFZ, weil die Mehrheit ein KFZ hat. Das heißt wenn Parkplätze entnommen werden sollen oder Maßnahmen KFZ-Verkehr beeinträchtigen wird man mit Gesprächen nur wenig erreichen. Meist sind es Almosen, die zwar etwas geben, aber eher damit man das Gefühl hat etwas erreicht zu haben. Extrapoliert man dies in die Zukunft wird sich auch in 50 Jahren kaum etwas getan haben.

Natürlich muss man nicht auf Teufel komm raus klagen, dazu ist das zu teuer und riskant, aber man sollte eine klare Vorstellung haben, was man möchte und alle Optionen das Ziel zu erreichen auch nutzen oder es zumindest als Option sehen. Denn auch Verhandlungen sind wie ein Pokerspiel und wenn man ein Teil des Blatts aufdeckt, ist man geschwächt.

Man sieht diese sowohl in Presse, wie auch Politik, dass das Gejammer riesig ist, wenn Parkplätze entnommen werden sollen. Oder wenn es Einschränkungen für KFZ geben würde. An der Stelle wird man den Widerstand nicht mit Reden beheben. Und auch Demonstrationen werden zwar auf das Problem aufmerksam machen, im Endeffekt aber kaum eine Änderung bringen.

1 <https://www.nationalgeographic.de/wissenschaft/2023/08/motonormativity-vorurteile-nachteile-autos-egal>

In einer Erwiderung wird der ADFC Duisburg nicht als Träger öffentlicher Belange (TÖB) gesehen, was rechtlich zwar korrekt ist, in anderen Städten, wo man den ADFC zumindest auf Augenhöhe behandelt, wird aber zumindest der ADFC den TÖB gleichgestellt.

Man sieht dies in Duisburg bei der „Sanierung“ von Radwegen, wo einfach der völlig veraltete Radweg mit einer neuen Decke versehen wird. Oder bei den rechtswidrigen Dooringradwegen, wo noch immer eine Nutzungspflicht hängt. Man behauptet zwar etwas tun zu wollen, gemacht wird aber nur wenig, obwohl es oft nur kleine Änderungen sind, die schon viel bewirken. Die Verwaltung hat viel zu tun und wird sich primär auf die drängendsten Probleme fokussieren. Umplanungen kosten Zeit und Geld und zudem braucht es die politische Mehrheit, wenn das erst beschlossen werden muss. Das heißt ohne ein entsprechend großes Gegengewicht wird man die dicken Bretter nicht bohren können.

Die Motonormativity, wir man nicht beheben und auch noch in vielen Jahren immer wieder Opfer betrauern.

Wie man bei den aktuellen Streiks im ÖPNV und in der Pflege sieht, geht es auch dort nicht ohne unangenehmen Druck. Aber ohne Druck Verkehrsbereich wird es weiterhin nur sehr langsame Änderungen geben, die weiterhin Menschenleben kosten werden. Es ist deshalb wichtig sich das gesamte Spektrum der demokratischen Möglichkeiten offen zu halten und nicht von vornherein eine Klage auszuschließen. Man sollte sich die Optionen immer alle offenhalten und das auch entsprechend kommunizieren, dass man keine legale demokratische Option ungenutzt lässt, wenn dies angebracht ist.

Und wenn der ADFC an einer Stelle kein eigenes Klagerecht hat, so kann durchaus eine Klage unterstützt werden. Ebenfalls ist unter dem Motto klimafreundliche und sichere Mobilität eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Umweltverbänden möglich, die durchaus ein Klagerecht haben.

In Essen hat man einen Radentscheid durchgeführt, was ebenfalls eine Option sein muss, gerade um die größten Probleme zu beheben.

Und wie man der TAZ entnehmen kann wird es gar nicht so einfach sein das „Kartell des Wegsehens“² zur durchbrechen. Dafür dauert die Situation schon viel zu lange an.

Wie will man etwa gegenüber der Polizei Duisburg auftreten, die Arbeitsverweigerung bei Kontrollen des Mindestabstand und der LKW-Abbiegeschwindigkeit betreiben soll. Getan hat sich hier in den letzten Jahren nichts.

2 <https://taz.de/Stroengere-Regeln-fuers-Autofahren/!5992239/>